

Mut zur Freiheit – Reformen anpacken!

Gemeinsame wirtschaftspolitische
Positionen des Maschinen- und
Anlagenbaus 2025



Inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Mut zur Freiheit – Reformen anpacken!
Vorwort VDMA-Präsident Bertram Kawlath
- 4** Wirtschaftspolitische Reformen
- 6** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 8** Außenwirtschaft und Freihandel
- 10** Digitalisierung
- 12** Europa
- 14** Fachkräftesicherung und Bildung
- 16** Forschung
- 18** Klima und Energie
- 20** Steuern
- 22** Technikpolitik
- 24** Umwelt und Nachhaltigkeit
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Der Maschinen- und Anlagenbau steht für Innovation, Exportorientierung, Mittelstand und beschäftigt rund drei Millionen Menschen in der EU, davon mehr als 1,2 Millionen allein in Deutschland. Mit einer Wertschöpfung von rund 280 Milliarden Euro (2023) steuert der Maschinen- und Anlagenbau den höchsten Anteil des Verarbeitenden Gewerbes zum europäischen Bruttoinlandsprodukt der EU-27 bei. Mit Technik für Menschen liefert er Lösungen für die vor uns liegenden vielfältigen Herausforderungen.

Der VDMA vertritt rund 3.600 deutsche und europäische Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus und ist damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 35 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister, von kommunizierenden Maschinen bis zu einer sich selbst organisierenden Logistik.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national sowie auf europäischer und internationaler Ebene für seine Mitglieder ein. Er vertritt die Interessen der Maschinenbauindustrie konstruktiv und ist dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt und dem Gemeinwohl in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich aus der Überzeugung ab, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte Grundlage sind für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmerin und Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



www.vdma.org



2025 ist das Jahr, in dem wir in Deutschland zusammen die Weichen für unsere Industrie auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stellen müssen. Wir müssen weltweit wettbewerbsfähig sein. Denn nur mit einer wirtschaftlich starken Bundesrepublik in einem starken Europa können wir in der aktuellen und künftigen geopolitischen Lage bestehen. Nur so können wir die Herausforderungen wie Klimawandel, Umbau der Energieversorgung, Demografie und Digitalisierung meistern. Nur so können wir uns zwischen den konkurrierenden Blöcken USA und China behaupten.

Deutschland ist zum Bremsklotz in Europa geworden. Das müssen wir ändern. Wir brauchen eine handlungsfähige Bundesregierung, die die Weichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung stellt. Der Maschinen- und Anlagenbau kann klar benennen, was die Unternehmen jetzt brauchen. Industrieunternehmen planen und investieren langfristig, also müssen zuvorderst jene Faktoren verändert werden, die langfristig wirken, anstatt sich im regulatorischen Klein-Klein und in Subventionen für vermeintliche Leuchtturmprojekte zu verlieren.

Wir fordern verlässliche und gute Rahmenbedingungen für alle Unternehmen, Technologieneutralität und grundsätzlich mehr Vertrauen in Marktkräfte und Unternehmertum. Was wir konkret anbieten und fordern, steht auf den folgenden Seiten. Wir sehen dies als Einladung zum konstruktiven Dialog an Politik und Gesellschaft. Nur gemeinsam können wir unsere Freiheit, unsere Weltoffenheit, unsere soziale Marktwirtschaft, unseren Wohlstand und unsere demokratische Grundordnung sichern.

Bertram Kawlath
VDMA-Präsident

Wirtschaftspolitische Reformen

Reformen

Daten und Fakten

- Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands¹
 - Deutschland im Jahr 2024 auf Rang 24 von 67 untersuchten Ländern im IMD World Competitiveness Ranking¹; Abwärtstrend seit 2014 (Rang 6); 2024 9 Ränge schlechter als 2022; Steuerpolitik besonders schlecht (Rang 62)
 - Negative Entwicklung der Wettbewerbsposition des Verarbeitenden Gewerbes (VG) seit 2017, unterdurchschnittlich im EU-Vergleich²
- Conference Board Measure of CEO Confidence™ für Europa 2024
 - Geschäftsaussichten innerhalb Europas deutlich schlechter als außerhalb
 - Einfachere und innovationsfreundlichere Regulierung als wichtigste Stellschraube für Wettbewerbsfähigkeit
- Handlungsbedarf aus Unternehmenssicht (Top 5)³: Bürokratie abbauen, Genehmigungsverfahren beschleunigen, Infrastruktur modernisieren, Bildungsinvestitionen steigern, Steuer- und Abgabenlast senken
- Bislang kaum Evidenz für Deindustrialisierung Deutschlands
 - Wertschöpfungsanteil des VG am BIP seit 30 Jahren konstant bei rund 20 %⁴
 - Anhaltend positiver Trend im Anteil von Mittel- und Hochtechnologie an Wertschöpfung des VG⁴
 - Steigende Arbeitsproduktivität (Euro je Stunde) im VG seit 1991⁵
 - Rückgang der Industrieproduktion, aber spürbar gestiegene Bruttowertschöpfung²
- Schwache Entwicklung des Produktionspotenzials⁶
 - Rückgang des realen Potenzialwachstums von jährlich ca. 2 – 3 % von 1970 bis Anfang der 1990er Jahre über 1,4 % zwischen 1995 und 2018 auf durchschnittlich rund 0,6 % seit 2019
 - Dämpfende Effekte durch Verknappung des Arbeitsvolumens, alternden Kapitalstock und schwächeres Produktivitätswachstum

¹Quelle: International Institute for Management Development (IMD)

²Quelle: ifo-Institut 2024

³Quelle: VDMA-Konjunkturerhebung, Q3/2024

⁴Quelle: OECD

⁵Quelle: Statistisches Bundesamt

⁶Quelle: SVR, Jahresgutachten 2023/24

VDMA-Position: Strukturreformen anpacken

Der Wirtschaftsstandort Europa steht vor enormen, gleichzeitigen Herausforderungen: Klimaneutrale und digitale Transformation, Demografie sowie geopolitische Konflikte. Statt kurzfristigem Krisenmanagement ist die langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit durch strukturelle, breitenwirksame Reformen sicherzustellen. Es braucht politische Entschlossenheit, diese Reformen zügig anzupacken.

- Bürokratie abbauen
 - Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
 - Entlastung bei Berichtspflichten, insb. für KMU
 - Regulatorik konsequent auf Praktikabilität und Konsistenz prüfen
- Steuer- und Sozialsystem reformieren
 - Niedrigere Unternehmenssteuern und verbesserte Abschreibungsbedingungen
 - Entlastung des Faktors Arbeit
- Fachkräfte sichern
 - Vollständige Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials durch Bildung, Weiterbildung, Kinderbetreuung, verlängerte Wochen- und Lebensarbeitszeit und Anreizkompatibilität der sozialen Sicherung
 - Automatisierung zur Entlastung von Fachkräften nutzen
 - Zielgenaue, qualifikationsorientierte Fachkräftezuwanderung
- Infrastruktur ausbauen
 - Ausbau der digitalen Infrastruktur beschleunigen
 - Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieinfrastruktur
 - Verkehrsinfrastruktur modernisieren
- Freihandel ermöglichen
 - Freihandelsabkommen und internationale Partnerschaften zur Diversifizierung von Lieferketten einsetzen
 - Technologiesouveränität durch wechselseitige Abhängigkeiten
- Marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung stärken
 - Strukturwandel nicht blockieren; Markteintritte und -austritte sowie Jobwechsel ermöglichen
 - Schwarmintelligenz durch unternehmerische Freiheit nutzen
 - Private nicht aus Haftung und Verantwortung nehmen
 - Keine marktferne Dauersubventionierung

Daten und Fakten

- Deutschland ist einer der teuersten EU-Maschinenbau-Standorte
 - Arbeitskosten pro Stunde (2023)¹ 51,40 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert (2021)²
 - Maschinenbau im Durchschnitt 26,6 %
 - Maschinenbau-Fachzweige von 18,0 % bis 33,8 %
- Beitragssatz in der Sozialversicherung (2024)³ 40,9 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2023)² 68.360 €
- Langzeitarbeitslose (%) der Erwerbsbevölkerung⁴

	2023	2010
– Deutschland	1,0 %	3,2 %
– EU (27)	2,1 %	3,9 %
- Hohe Bedeutung der Stammbelgenschaft im Maschinenbau (2023)²
 - Anteil der Normalarbeitnehmer 90,2 %
 - Anteil geringfügig Beschäftigter 1,3 %
- Zeitarbeit
 - Rund 90 % der Maschinenbauer nutzen Zeitarbeit⁵
 - Zeitarbeitsquote (2023)² 3,2 %
 - Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 65 %
- Demografischer Wandel⁶

	2023	2005
– Anteil Erwerbstätige Mindestalter 55 Jahre	25,8 %	14,3 %
- Kurzarbeiter im Maschinenbau (2023)⁷ 14.000
- Tarifbindung der VDMA-Mitgliedsunternehmen (2024)⁵
 - Mit Tarifbindung 30 %
 - Davon Flächentarifvertrag 82 %
 - Davon Haustarifvertrag 18 %
 - Ohne Tarifbindung 70 %
 - Orientierung an oder Bezugnahme auf Tarifverträge(n) 66 %
 - Anteil Unternehmen mit Betriebsrat 59 %

¹Quelle: Eurostat; teurer sind nur Dänemark (53,80 €) und Niederlande (52,40 €)

²Quelle: Statistisches Bundesamt

³Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

⁴Quelle: Eurostat

⁵Quelle: VDMA

⁶Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

⁷Quelle: Bundesagentur für Arbeit

VDMA-Position: Arbeitsmärkte modernisieren

Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und eine langfristige Arbeits- und Fachkräftesicherung benötigen Anpassungsfähigkeit, eine arbeits-teilige Wertschöpfung, einen flexiblen Arbeitsmarkt und eine zukunftssichere Sozialversicherung. Aufgrund der demografischen Entwicklung muss zudem die Stabilisierung des Arbeitsvolumens gelingen. Die Nutzung von KI und anderen digitalen Technologien erfordert moderne und unbürokratische Rahmenbedingungen. Es bedarf mehr betrieblicher und individueller Spielräume.

- Arbeitszeitgesetz anpassen – Ruhezeiten flexibilisieren, wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit, Vertrauensarbeitszeit erhalten
- Hürden abbauen und Beschäftigung erleichtern
 - Lockerung bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Vorbeschäftigungsverbot abschaffen
 - Ausweitung der Überlassungshöchstdauer nach dem AÜG
 - Anreize für Beschäftigung im Rentenalter schaffen und rechts-sicher ermöglichen; § 41 SGB VI überarbeiten
- Mobiles Arbeiten, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeit-konten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt müssen immer individuelle Lösungen sein
- Koalitionsfreiheit wahren – kein (un-)mittelbarer Zwang zur Tarif-bindung
- Werk- und Dienstverträge als Grundlage für arbeitsteilige Inno-vationsnetzwerke fördern
- Keine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung
- Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
- Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent
- Reform der Rentenversicherung
 - Renteneintrittsalter anheben, Subsidiaritätsprinzip stärken
 - Attraktivität von Eigenvorsorge und betrieblicher Altersvorsor-gung erhöhen
 - Vorzeitiger Rentenbezug max. 3 Jahre vor der Regelaltersgrenze und nur mit anreizneutralen Abschlägen
- Sozialleistungen an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten; Beachtung des Lohnabstandsgebots

Außenwirtschaft und Freihandel

Freihandel

Daten und Fakten

- Ausgeprägte internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft

	2023	2005
– Exportanteil am BIP ¹	38,0 %	37,3 %
– Importanteil am BIP ¹	32,6 %	30,7 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2022)	rund 1.546 Mrd. €	
- Deutsches Exportvolumen insgesamt (2023) 1.590 Mrd. €
- Maschinenbau (2023)²:

– Exportvolumen	208 Mrd. €
– Exportquote ³	81,7 %
– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	114,3 Mrd. €
– Welthandelsanteile (2023) ⁴	
China	18 %
Deutschland	14 %
USA	9 %
- Deutschland Weltmarktführer in 9 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus, darunter Antriebstechnik, Landtechnik, Werkzeugmaschinen und Verfahrenstechnische Maschinen und Apparate
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2022) 56,4 Mrd. €
- De-Globalisierung schadet allen⁵

– BIP-Rückgang D/EU ohne D/Rest der Welt	6,9 %/ 4,9 %/ 1,5 %
– Produktionsrückgang Maschinenbau in D	19,5 %
- Exportkreditgarantien des Bundes (2023)⁶

– Summe (Exporte in 145 Länder)	18,4 Mrd. €
– Neu gedeckte Ausfuhrsgeschäfte mit Kreditlaufzeiten von 1 – 5 Jahren (insb. Small Tickets)	900 Mio. €
– Jahresergebnis Euler Hermes	740 Mio. €

¹Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte

²Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

³Export in Prozent der Produktion

⁴Quelle: Nationale Statistikämter, VDMA; Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer

⁵Quelle: IfW, IMPULS-Studie Lieferketten nach Corona

⁶Quelle: Euler Hermes, BMWK

VDMA-Position: Freihandel und Resilienz stärken

Der wirtschaftliche Erfolg in Europa basiert auf offenen Märkten. Allein in Deutschland hängt nahezu jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, sind Freihandelsabkommen unerlässlich. Sie tragen wesentlich zur Sicherung des Wohlstands, zur Diversifizierung der Handelsbeziehungen und damit zur wirtschaftlichen Resilienz Europas bei.

- Freihandel stärken
 - Freihandelsabkommen mit MERCOSUR ratifizieren, Verhandlungen mit Indonesien abschließen, Freihandelsabkommen mit Indien nach dem Vorbild EFTA abschließen
 - Freihandelsabkommen nicht mit umwelt- und sozialpolitischen Vorgaben und Zielen überfrachten; Dialog auf Augenhöhe statt Sanktionen
- De-Risking China
 - Gleiche Wettbewerbsbedingungen einfordern
 - Handelsschutzinstrumente wie Antidumping- und Subventionsverfahren nutzen
 - Abhängigkeit durch diversifizierten Handel reduzieren
- Transatlantische Partnerschaft sichern und ausbauen
 - Gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen
 - Koordiniertes Vorgehen bei globalen Handelsfragen
- Exportfinanzierung wettbewerbsfähig gestalten
 - Finanzierung und Kreditgarantien zusammenbringen
 - Klimapolitische Sektorleitlinien international wettbewerbsfähig gestalten
 - Förderkriterien für Hermesdeckungen modernisieren und vereinfachen
- Extraterritoriale Sanktionen weltweit bekämpfen
 - Sicherstellung des Zahlungsverkehrs trotz Sanktionen
 - EU-Unternehmen vor Auswirkungen bestmöglich schützen
- Erleichterung von Arbeitseinsätzen in der EU
 - Meldevorschriften in den EU-Mitgliedstaaten vereinheitlichen, Bürokratie reduzieren
 - Einheitliches digitales Registrierungsverfahren (eDeclaration) in EU-Mitgliedstaaten umsetzen

Daten und Fakten

- Digitalisierungsindex (DESI)¹
 - Finnland (Platz 1) 85,6
 - Deutschland (Platz 9) 61,4
 - Frankreich (Platz 20) 52,0
 - EU-Durchschnitt 57,7
- Anteil der Maschinenbauer mit einem erheblichen Sicherheitsvorfall²
 - bis 249 Mitarbeiter 3 %
 - 250 bis 500 Mitarbeiter 41 %
 - 500 bis 1.000 Mitarbeiter 38 %
 - mehr als 1.000 Mitarbeiter 28 %
- Anteil der Glasfaserverbindungen an den gesamten stationären Breitbandanschlüssen³
 - Korea 89,6 %
 - OECD-Durchschnitt 42,5 %
 - USA 23,1 %
 - Deutschland 11,2 %
- Innerhalb der deutschen Wirtschaft weist der Maschinenbau einen überdurchschnittlich hohen Digitalisierungsgrad auf⁴
- Mangel an IT-Fachkräften wird als größtes Hindernis gesehen⁵
- 64 Prozent aller befragten Maschinenbauer (N=110) sehen einen mittleren bis sehr starken Einfluss auf das eigene Geschäftsmodell durch KI-basierte Produkte und Dienstleistungen⁶
 - Europaweit nutzen 47 % des Verarbeitenden Gewerbes mindestens eine KI-Technologie⁷
 - Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal stellt Deutschland (76 %) im EU-Vergleich (57 %) vor besondere Herausforderungen⁷

¹Quelle: EU-Kommission 2024, KMU, die zumindest ein Grundmaß an digitaler Nutzung aufweisen, Anteil der Unternehmen in %

²Quelle: VDMA-Studie Industrial Security und Produktpiraterie 2024

³Quelle: OECD Breitbandstatistik 2023

⁴Quelle: BMWK 2024; Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland; Elektrotechnik und Maschinen- und Fahrzeugbau mit 154,8 (Ø 105,1)

⁵Quelle: VDMA-Studie: Führung u. Innovation in Zeiten der Digitalisierung, 2018

⁶Quelle: VDMA-Report Künstliche Intelligenz im Maschinenbau, 2020

⁷Quelle: European enterprise survey on the use of technologies based on artificial intelligence, 2020

VDMA-Position: Digitalisierung forcieren, Regulierung konsolidieren

Digitalisierung schafft Potenziale für intelligente Produktion und neue Geschäftsmodelle. Im Schulterchluss mit Gesellschaft und Politik werden wachsende Anforderungen an Forschung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt und die digitale Souveränität gestärkt. Ziel muss es sein, Europa als Leitmarkt und -anbieter zu positionieren.

- Stärkung digitaler Souveränität durch Innovationsanreize
- Verbesserte Koordination der Initiativen – Digitalisierung europäisch, besser noch global denken
- Einheitliche innovations- und industriefreundliche Rahmenbedingungen im EU-Binnenmarkt u. a. für Datenwirtschaft, KI; sichere und zuverlässige europäische Konnektivität schaffen
- Aufbau und Etablierung eines föderativen Datenökosystems für das produzierende Gewerbe („Manufacturing-X“)
- Sicherstellung der europäischen Versorgung mit Halbleiterbauelementen für die Industrie (insb. mit Strukturgröße > 28nm)
- Weiterbildung und Neuqualifizierung für Digital Skills fördern
- Digitales Immunsystem bürokratiearm gestalten und Entbürokratisierung von überbordenden Meldepflichten für KMU
- Cyberresilienz und Cyberabwehr für NIS2-KMU aktiv fördern und stärken und dem BSI genügend Ressourcen für die Unterstützung der von NIS2 betroffenen Wirtschaft zur Verfügung stellen
- Nutzung maschinenbezogener Daten absichern; DSGVO anpassen
- Forschung zur Digitalisierung der Industrie stärken (z. B. durch breitenwirksame Innovationsplattformen, grenzüberschreitende Testumgebungen)
- Digitale Infrastruktur (z. B. 5G) flächendeckend und leistungsstark für die Industrie ausbauen und sicherstellen
- Effizienten Datenzugriff und Nutzung von offenen und neutralen Standards (z. B. OPC UA CS) fördern und europaweit stärken
- Normen und Standards sind der Schlüssel zur Umsetzung; Zusammenwirken von konsensbasierter Normung und konsortialer Standardisierung stärken; überzogene Standardisierung vermeiden; branchenübergreifende Harmonisierung von Standards zur Sicherstellung der Interoperabilität z. B. OPC UA for Machinery

Daten und Fakten

- Europäischer Maschinenbau (EU 27) als Garant für Wohlstand¹
 - Bruttowertschöpfung (2023) ca. 280 Mrd. €
 - Beschäftigte 3 Mio.
 - Anteil der KMU 98 %
 - Maschinenabsatz im Binnenmarkt (2023)² ca. 740 Mrd. €
- Deutscher Anteil am Maschinenbau-Umsatz der EU 27² 42 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 27³ 92,3 Mrd. €
 - Frankreich 14,5 Mrd. €
 - Italien 10,3 Mrd. €
 - Polen 9,4 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 27⁴ 15,6 Mrd. €
- EU-Reportingpflicht zu Sustainability – Mittelstand enorm betroffen
 - Europäische Unternehmen mittlerweile 5-mal so häufig von CSRD betroffen (statt ca. 11.000 nun 50.000)
 - in Deutschland 30-mal mehr Unternehmen von der CSRD im Vergleich zur NFRD betroffen (statt ca. 550 nun 15.000)
- Staatsverschuldung von EU-Ländern (2023/2024 Schätzung)⁵
 - Europäische Union (27) 82,1 % / 82,4 %
 - Deutschland 62,9 % / 63,0 %
 - Italien 134,8 % / 136,6 %
- Regulierungsinitiativen der EU-Kommission (2019 – 2024)⁶
 - Vorgeschlagene Verordnungen 416
 - Vorgeschlagene Richtlinien 135
 - Verabschiedete delegierte Rechtsakte 812
 - Verabschiedete Durchführungsrechtsakte 4943
- Bürokratiekosten für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau durch EU-Entsende- und Durchsetzungsrichtlinie (205.000 Entsendungen pro Jahr)⁷ 31 Mio. €

¹Quelle: Eurostat, Schätzungen, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

²2022; Quelle: Eurostat, VDMA-Schätzung

³2023; Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

⁴2022; Quelle: Deutsche Bundesbank

⁵Anteil am BIP; Quelle: Herbstprognose 2024 Europäische Kommission

⁶Quelle: Gesamtmetall

⁷Quelle: VDMA

VDMA-Position: Europas industrielle Basis stärken

Die EU ist als Heimatmarkt, Wertegemeinschaft und globaler Player für den Maschinenbau von sehr großer Bedeutung. Nach den EU-Wahlen und der Ernennung einer neuen EU-Kommission steht die Wettbewerbsfähigkeit wieder im Zentrum der EU-Politik. Die EU muss den Worten jetzt Taten folgen lassen und mit konkreten Maßnahmen, Europas industrielle Basis in der Breite stärken.

- Industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken durch Schaffung von innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie
- Vereinfachung des EU-Regulierungsrahmens aktiv vorantreiben
 - Widersprüchliche und unverhältnismäßig belastende Regulierungen abschaffen
 - Neue Regulierung nur, wenn Bedarf durch die EU-Kommission nachgewiesen wird und Gesetzesfolgeanalyse unverhältnismäßige Belastungen ausschließt
 - Detailregulierung vermeiden, Raum für Innovationen lassen
- Neue politische Initiative zur Vertiefung des EU-Binnenmarkts
 - Hindernisse im Binnenmarkt analysieren und systematisch abbauen
 - Entsendung von Mitarbeitern in Europa erleichtern
 - Beihilferecht nicht weiter aushöhlen; innereuropäische Subventionswettläufe vermeiden
 - Kapitalmarktunion vorantreiben
- Europas wirtschaftliche Sicherheit stärken
 - Freihandel als Resilienzstrategie nutzen
 - Förderung von „strategisch relevanten Technologien“ nur in eng begrenzten Ausnahmefeldern zulassen
- Europa krisenfest und handlungsfähig machen
 - Einstimmigkeitserfordernis schrittweise abschaffen
 - Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definieren, nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ordnen und adäquat finanzieren
 - Verteidigungspolitik, innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik europäisieren; Arbeitsmarkt/Sozialpolitik national regeln
- Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene

Fachkräftesicherung und Bildung

Daten und Fakten

- Maschinenbau ist der wichtigste Arbeitgeber für Ingenieur/innen
 - Insgesamt ca. 181.000, davon 11 % weiblich¹
 - Anteil der Ingenieur/innen an den Beschäftigten im Maschinenbau insgesamt¹ 16 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Universitäten (Hochschulen für angewandte Wissenschaften)²
 - Maschinenbau/Verfahrenstechnik 33 % (32 %)
 - Elektrotechnik/Informationstechnik 44 % (44 %)
 - Informatik 42 % (30 %)
- Überdurchschnittliches Engagement des Maschinenbaus in der dualen Ausbildung
 - Ausbildungsquote Maschinenbau (2023)³ 5,3 %
 - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2023)³ 37,0 %
 - Unternehmen, die in den kommenden Monaten mehr technische Ausbildungsplätze anbieten wollen⁴ 36 %
 - Durchschnittlicher Anteil übernommene Auszubildende⁴ 90 %
- Engpässe bei Fachkräftegewinnung
 - Vakanzzeit (Tage)⁵: Maschinenbau und Betriebstechnik (195), MINT-Berufe (196), Informatik (155)
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
 - Schulabgänger/innen ohne Abschluss (2023)⁶ 7 %
 - Rund 250.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung⁶
 - 380.000 ausländische Studierende in Deutschland
 - Anteil ausländischer Studierender in den Ingenieurwissenschaften im Wintersemester 2023/2024⁶ 25,6 %
 - Anteil der Unternehmen, die neue Mitarbeiter durch Fachkräfteeinwanderungsgesetz gewinnen konnten⁷ 18 %

¹Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2022

²Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2020

³Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB, 31.12.

⁴Quelle: VDMA Umfragen 2023

⁵Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2023

⁶Quelle: Statistisches Bundesamt

⁷Quelle: VDMA Umfrage September 2023, weitere 10 % gaben „weiß nicht“ an

VDMA-Position: Fachkräfte sichern und qualifizieren

Qualifizierte Mitarbeitende sind Erfolgsgaranten für Unternehmen. Laut VDMA-Umfragen stellt der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel – trotz Rezession – eines der größten Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit dar. Es müssen mehr Menschen aus dem In- und Ausland für technische Berufe, Studiengänge und Weiterbildung begeistert und gewonnen werden. Automatisierung macht Fachkräfte nicht überflüssig, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur Linderung des Arbeitskräftemangels.

- Allgemeine schulische Bildung
 - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
 - Schulfach Technik einführen, IKT-Kompetenzen und Berufsorientierung stärken
- Berufliche Bildung
 - Duale Ausbildung stärken, Facharbeit wertschätzen
 - Bürokratie abbauen – Schulen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen
 - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Studium
 - Qualität der Lehre verbessern, Abbruchquoten ohne Qualitätsverlust reduzieren
 - IKT-Kompetenzen (z. B. KI, Industrie 4.0) steigern
 - Praxisbezug stärken: Duales Studium fördern
- Weiterbildung
 - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
 - Kompetenzen zu IKT und neuen Antriebstechniken vermitteln
 - Berufsschullehrkräfte und Ausbilder/innen weiterqualifizieren
- Inländische Beschäftigungspotenziale
 - Mehr junge Leute zum Schulabschluss führen
 - Mehr Ganztags- und Betreuungsangebote
 - Qualifizierte ältere Mitarbeitende länger beschäftigen
- Ausländische Potenziale
 - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschlands für qualifizierte Zuwanderung erhöhen
 - Bürokratie bei der Fachkräfteeinwanderung abbauen; Zeitarbeit für die Vermittlung zulassen

Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland¹ 67,4 %
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für FuE 2022¹ (Anteil Maschinenbau) 82 Mrd. € (9,2 %)
- Zuwachs des FuE-Personals im Maschinenbau zwischen 2012 und 2022¹ 29,6 %
- Staatlicher Anteil bei FuE-Aufwendungen des Maschinenbaus² 2,6 %
- Hohe Innovationskraft des deutschen Maschinenbaus
 - Innovationsaufwendungen³ 17 Mrd. € (5,7 % vom Umsatz)
 - Anteil Unternehmen mit Innovationen³ 72 %
 - Branchenumsatz mit Produktneuheiten³ 15 %
- Deutschland ist attraktivster FuE-Standort für den Maschinenbau; Leistungsstärke der Ingenieurwissenschaften am besten beurteilt⁴
- 46 % der VDMA-Mitglieder sind von Produkt- oder Markenpiraterie betroffen; Geschätzter Schaden: 4,1 Mrd. Euro jährlich⁵
- Rund 600 vertraglich gebundene Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen⁶
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt⁷
 - Deutschland 20 %
 - USA 18 %
 - Japan 13 %
- Forschungszulage im Maschinenbau⁸
 - 17 % aller eingereichten Vorhaben stammen aus dem Maschinen- und Anlagenbau – Nummer 1 in der Wirtschaft⁸

¹Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

²Quelle: Stifterverband 2021

³Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) 2022

⁴Quelle: VDMA Umfrage 2024

⁵Quelle: VDMA Studie Produktpiraterie 2024

⁶Quelle: VDMA Schätzung

⁷Quelle: Europäisches Patentamt 2023

⁸Quelle: ZEW, VDMA 2024

VDMA-Position: Zukunft produzieren

Forschung und Innovation sind für die Zukunft des Industriestandorts Europa unverzichtbar. Nur so können Wertschöpfung und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Der Maschinen- und Anlagenbau ermöglicht Lösungen für die globalen Aufgaben unserer Zeit. Hierfür brauchen die Unternehmen innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören eine themenoffene und breitenwirksame Forschungsförderung, ebenso wie die Sicherung der Fachkräftebasis für Forschung und Innovation.

- Forschungs- und Innovationsförderung in Deutschland und Europa modernisieren: Zugang erleichtern und Industrie einbinden
 - vom Forschungsbedarf bis in die Umsetzung
- Überlappungen und Dopplungen bei Förderinstrumenten vermeiden
- Praxistaugliche Umsetzung, Bewerbung und Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung
- Zukunftsfeste Weiterentwicklung und nachhaltiger finanzieller Ausbau auf 300 Mio. Euro der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF)
- Stärkung der Produktionsforschung, die über Skalierung, Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität entscheidet
- Anpassung der Förderverfahren an die heutigen Anforderungen von agilen und verkürzten FuE-Prozessen durch themenoffene und beschleunigte Ausschreibungen
- Effizienter Ergebnistransfer, der allen Unternehmen Zugang zu neuem Wissen verschafft; Verbände sind als Multiplikator dafür Erfolgsgaranten
- Deutsches Engagement in der Entwicklung des kommenden 10. EU-Forschungsrahmenprogramms stärken
- Gezielte Unterstützung, Vernetzungsplattformen und unbürokratische Förderprogramme für Startups, die den Wissenstransfer und gemeinsame Innovationsprojekte mit der Industrie unterstützen
- Stärkung der gewerblichen Schutzrechte durch verbesserte administrative und juristische Rahmenbedingungen, Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage

Daten und Fakten

- Anteil Kosten durch Energieverbrauch am Bruttoproduktionswert in Deutschland (2021)¹
 - Maschinenbau 0,9 %
 - Kraftwagen und Kraftwagenteile 0,6 %
 - Herstellung von Chemischen Erzeugnissen 4,8 %
- Marktgrößen deutscher Maschinen und Anlagenbausegmente²
 - Off-Highway (mobil) 22 Mrd. €
 - Gebäude 60 Mrd. €
 - Automatisierung 75 Mrd. €
 - Greentech, Antrieb, Energie 86 Mrd. €
 - Sonstiger Maschinen- und Anlagenbau 123 Mrd. €
- Strompreise/Gaspreise (kW/h) für die Industrie, 1. Halbjahr 2024³
 - Finnland 0,12 € / 0,11 €
 - Deutschland 0,28 € / 0,08 €
 - Italien 0,24 € / 0,06 €
 - Frankreich 0,2 € / 0,08 €
- Emissionspreise (tCO₂e)⁴
 - Schweden (ETS + Carbon Tax) 120 €
 - Europäische Union 67 €
 - Kanada 55 €
 - China 14 €
 - Japan 1,50 €
- Mit modernsten Klimaschutztechnologien aus dem Maschinenbau können bis zu 86 % der Emissionen in den OECD und BRICS - Ländern vermieden werden⁵

¹Quelle: Statistisches Bundesamt

²Quelle: BDI – Transformationspfade 2024

³Quelle: Eurostat, monatliche Bruttostromkosten von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch

⁴Quelle: Weltbank & Bundesumweltamt

⁵BCG&VDMA “For Machinery Makers, Green Tech Creates Green Business“, 2020

VDMA-Position: Transformation als Chance begreifen

Nachhaltig veränderte Kostenstrukturen sind ein klares Signal, die Transformation weg von fossilen Energieträgern zu beschleunigen. Der Maschinenbau ist auf einem ambitionierten Zielpfad, als Lösungsanbieter ebenso wie als Verbraucher. Der entbrannte Wettbewerb um Transformationsmärkte muss fair geführt werden. Die globale CO₂-Bepreisung ist und bleibt das effizienteste Leitinstrument zur Erreichung der Klimaziele.

- Von der Stromwende zur Energiewende – technologieneutral, energieeffizient, sektorübergreifend und digital
 - Europäischen Energiebinnenmarkt voranbringen
 - Energieeffizienz ist zentraler Bestandteil der Energiewende
 - Energiemarktdesign für Transformation und Versorgungssicherheit reformieren
 - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
 - Mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Wettbewerbsfähigkeit des Maschinenbaus ausbauen durch Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz im Heimatmarkt Europa; neue Lösungen müssen dennoch eine Weltmarktperspektive haben
- EU muss sich in den UN-Klimaschutzverhandlungen für einen seriösen, wirkungsvollen Handelsmechanismus für weltweite Emissionsminderungen einsetzen
- Übergang des nationalen Brennstoffemissionshandels in den EU-ETSII für Wärme und Verkehr kurzfristig gestalten
- Entlastung von Energiekosten durch dauerhafte Senkung der Energiesteuer und Reform der Netzentgelte vorantreiben; kein dauersubventionierter Industriestrompreis
- Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
- Energiewendetechnologien als strategisch bedeutsam einstufen; Rohstoffversorgung sicherstellen, Wertschöpfungsketten stabilisieren; unfairem Handel mit geeigneten Instrumenten (z. B. Präqualifikationskriterien bei Ausschreibungen) begegnen
- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei Investitionen

Daten und Fakten

	2024 ¹	2008	1998
• Staatsquote ²	48,7 %	43,7 %	48,3 %
• Abgabenquote ²	39,8 %	39,6 %	42,3 %
• Steuerquote ²	23,4 %	24,3 %	23,1 %
• Schuldenstandsquote ²	63,1 %	65,9 %	59,4 %
• Zinssteuerquote ³	4,6 %	11,3 %	15,5 %
• Gewerbesteuer ⁴			
– Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz			
– Rund 11 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens			
• Einkommensteuer: Hauptlast liegt auf wenigen Schultern ⁴			
Bei Einkünften ab 104.832 € tragen 10 % der Steuerpflichtigen ca. 57 % vom Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer			
• Ertragsteuerbelastung einer Kapitalgesellschaft im Jahr 2023 ⁵			
– Deutschland			29,9 %
– OECD-Durchschnitt			23,7 %
– Von den Industriestaaten hat nur noch Japan mit 30,42 % eine höhere Nominalbelastung als deutsche Kapitalgesellschaften ⁶			
• Veränderung der nominalen Steuersätze von 2008 bis 2022 in Prozentpunkten ⁷			
– Deutschland			0,4 %
– Italien			-3,6 %
– Frankreich			-8,6 %
– Japan			-9,8 %
– USA			-13,4 %
• Deutliche Beschleunigung der Abschreibung hat viele Vorteile: ⁸			
– Positive Effekte auf Investitionen, Beschäftigung, Lohnsumme, Konsum privater Haushalte und BIP			
– Führt auf lange Sicht zu einem größeren Steueraufkommen			

¹Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

²Quelle: Sachverständigenrat; im Verhältnis zum BIP in jeweiligen Preisen

³Quelle: Sachverständigenrat, Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen

⁴Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen

⁵Quelle: OECD

⁶Quelle: BMF, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2023

⁷Quelle: IW

⁸Quelle: ifo-Institut 2021

VDMA-Position: Steuerreform jetzt

Die Wirtschaft braucht dringend ein modernes Unternehmensteuerrecht: Notwendig sind eine umfassende Entschlackung der bürokratischen Pflichten, eine zügige Digitalisierung der Prozesse im Steuerungsverfahren und die Senkung der Unternehmensteuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau. Neue Substanzsteuern darf es nicht geben!

- Wachstum durch Innovations- und Investitionsanreize stärken
 - Dauerhafte, den Wertverzehr abbildende Abschreibungsbedingungen ohne selektive Auswahl bestimmter Investitionen; degressive Abschreibung ist erste Wahl
 - Entbürokratisierung der steuerlichen Forschungsförderung und Ausweitung der förderfähigen Aufwendungen
 - Zusätzliche Steuereinnahmen durch Wachstum generieren
- Leistungsfähigkeit zeitnah wiederherstellen durch deutliche Ausweitung der steuerlichen Verlustverrechnung (Vor- und Rücktrag); dauerhafte Entschärfung der Mindestbesteuerung
- Keine verteilungspolitisch motivierte Substanzbesteuerung (Vermögen, Erbschaften)
- Senkung der Ertragsteuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von max. 25 % unter anderem durch
 - Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags
 - Grundlegende Reform der Gewerbesteuer; Abzug der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe/Anrechnung und Entbürokratisierung der Bemessungsgrundlage
 - Senkung des Thesaurierungssatzes des § 34a EStG und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung
- Modernisierung des Unternehmensteuerrechts
 - Abbau der Steuerbürokratie durch mehr Digitalisierung und Pauschalierung
 - Bürokratiearme und praxistaugliche Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung (Pillar II)
 - Mehr Transparenz bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen und Ausrichtung an der Freistellungsmethode
 - Marktgerechte Verzinsung von Pensionsrückstellungen

Daten und Fakten

- Binnenmarkt
 - Über 30 Vorschriften zur CE-Kennzeichnung sind die Basis für den Erfolg des Binnenmarkts durch einheitliche Anforderungen
 - Der Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten (New Legislative Framework) ist seit 2008 in der Anwendung, seine Grundsätze sind seit über 30 Jahren in der Praxis bewährt
 - 90 % der Maschinenbauunternehmen sehen die digitale Betriebsanleitung als gute Lösung und befürworten eine Ausdehnung auf alle Vorschriften zur CE-Kennzeichnung
 - Marktüberwachung weiter stärken: 2023 gab es 3.412 Warnmeldungen im Safety-Gate-Netzwerk, die 4.287 Folgemaßnahmen auslösten¹
 - In bestimmten Produktbereichen erfolgt die Einfuhr zu über 80 % ohne Benennung eines europäischen Ansprechpartners für die Marktüberwachungsbehörde
 - 9 von 10 Unternehmen sehen IT-Security als Top-Thema, da die Betroffenheit permanent steigt²
 - Mindestens 90 % der Maschinenbauunternehmen sind vom Cyber Resilience Act betroffen, da Maschinen und Maschinenanlagen häufig über das Internet kommunizieren
 - Über 800 Normen reflektieren den Stand der Technik, damit haben Normen eine wichtige Funktion für die Legal Compliance
- Beseitigung technischer Handelshemmnisse
 - Jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist betroffen
 - Marktvolumen von 114 Mrd. €^{2,3} allein in Deutschland
 - Ca. 87 % der Maschinenbauprodukte werden exportiert und stehen damit im globalen Wettbewerb
 - In einige Sektoren werden 80 % der Normen auf internationaler Ebene erarbeitet, daher ist die internationale Anschlussfähigkeit von zentraler Bedeutung für den Maschinenbau

¹Quelle: EU-Kommission

²Quelle: VDMA

³Quelle: Statistisches Bundesamt

VDMA-Position: Geeigneter Rechtsrahmen für Zukunftsmärkte

Der Maschinenbau ist ein wichtiger Partner zur Gestaltung der Zukunft. Die Digitalisierung ist ein Motor im Maschinenbau und Teil der Innovationsfähigkeit der Branche. Maschinenbauunternehmen dürfen nicht mit Bürokratie überfordert werden, wie das bei einer Reihe von laufenden und geplanten Gesetzgebungsaktivitäten zu befürchten ist.

- Einbeziehung des Maschinenbaus bei anstehenden Gesetzgebungsinitiativen, damit Umsetzungsaspekte hinreichend berücksichtigt werden; Förderung der Kohärenz geplanter Vorschriften
- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch europäische Normen, die internationale Anerkennung genießen; Revision der EU-Normungsverordnung dazu gezielt nutzen
- Marktüberwachung weiter stärken: Mehr Vollzug für den fairen Wettbewerb – Verbesserung des Level-Playing-Fields
 - Nutzung des digitalen Produktpasses (DPP), um mehr Schlagkraft bei der Marktüberwachung zu erreichen
 - Für Marktüberwachung gibt es keinen Ersatz, da Dritt Zertifizierung diese Lücke nicht füllen kann
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Marktzugangsbedingungen
 - Erhalt der internationalen Anschlussfähigkeit europäischer Normen
 - DPP über harmonisierte Normen produktspezifisch gestalten
 - Keine Zertifizierung für den DPP oder den Daten zum DPP
 - Erfolgsgeschichte des Rechtsrahmens zur Vermarktung von Produkten – New Legislative Framework (NLF) – weiterentwickeln und dabei die Chancen der geplanten NLF-Revision nutzen
- Entlastung mittelständischer Unternehmen für mehr Innovationskraft; Keine Dritt Zertifizierung und Abbau von Bürokratie

Daten und Fakten

- Umwelttechnik¹
 - Umweltschutzbezogene Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe (2022): 81,3 Mrd. €, darunter Maschinenbau 23,9 Mrd. € Anstieg der Einheiten mit umweltschutzbezogenen Umsätzen um 6 % von 9.125 (2021) auf 9.684 (2022)
 - 376.213 Beschäftigte arbeiteten 2022 für den Umweltschutz, darunter 22 % im Maschinenbau
- Regelsetzung
 - Anstieg der europäischen delegierten und Umsetzungs-Rechtsakte in der letzten Legislaturperiode 2019 – 2024 auf 5.755 (im Vgl. Legislaturperiode davor: 3.101), davon viele im Bereich des Green Deals²
 - Anzahl und Komplexität von produkt-, chemikalien- und abfallrechtlichen Anforderungen (z. B. Ökodesign, Stoffbeschränkungen) in der EU und in Drittländern steigt kontinuierlich
 - Die ÖkodesignVO definiert erstmals den Begriff der SOC (Substances of concern) mit einer noch unbekanntem, nach oben offenen, Anzahl von Stoffen, schätzungsweise mehr als 12.000; aktuell 241 besonders besorgniserregende Stoffe auf der SVHC-Kandidatenliste, Tendenz steigend³
 - Die Kreislaufwirtschaft erzielte im Jahr 2021 einen Umsatz von rund 105 Mrd. € (+ 47 % zu 2010) und beschäftigte im gleichen Jahr rund 310.000 Erwerbstätige (+ 11 % zu 2010)
 - Zunahme nicht-finanzieller Reportingpflichten aus dem Green Deal, u. a. die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), die vorschreibt, dass bestimmte Erzeugnisse und Rohstoffe entwaldungsfrei sein müssen, der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), der bei betroffenen Produkten CO₂-Echtdaten aus der Lieferkette erfordert oder die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), die knapp 1.200 mögliche Berichtspunkte umfasst

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt

² Quelle: EU-Kommission

³ Quelle: ECHA

VDMA-Position: Weniger Bürokratie, mehr Eigenverantwortung

Der Maschinenbau ist ein zentraler Baustein zur Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen Firmen nicht mit impraktikablen, bürokratischen Pflichten und Verfahren überfordert werden. Unvermeidbare Regulierungen sind unter Einbezug betroffener Stakeholder transparent, sorgfältig, differenziert, abgestimmt und konsistent zu erarbeiten.

- Bestehende EU-Regulierungen, u. a. CSRD, CBAM, EUDR und die CS3D, zurücknehmen oder zumindest grundlegend vereinfachen:
 - Entwaldungsverordnung (EUDR) verschieben und überarbeiten oder gänzlich außer Kraft setzen
 - CBAM-Bagatellgrenzen erhöhen und Erweiterung stoppen
 - Keine zusätzlichen sektorspezifischen Berichtsstandards im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD)
 - Lieferkettenrichtlinie (CS3D) auf direkte Lieferanten begrenzen
 - EU-Taxonomie praxistauglich für den Maschinen- und Anlagenbau gestalten
- Kein „Goldplating“: 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben in nationales Recht sowie schneller Abbau der übererfüllten EU-Vorgaben
- ESG-Regulierungen müssen auch auf die öffentliche Verwaltung zutreffen und sollten immer vor Inkrafttreten vom öffentlichen Beschaffungswesen auf Praxistauglichkeit erprobt werden; regelmäßige Praxischecks nach Inkrafttreten
- Digitaler Produktpass soll Kreislaufwirtschaft fördern, muss aber Know-how schützen – „Need-to-know“-Prinzip
- Unternehmen von Bürokratie entlasten
 - Risikobasierter Ansatz bei Stoffregulierungen (z. B. REACH) beibehalten; kein pauschales Verbot von PFAS
 - Weltweite Vereinheitlichung des „Material Compliance“-Reportings; administrativ praktikable Instrumente für die Lieferkettenkommunikation
 - Umweltrechtliche Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen und vereinfachen
 - Sofortige Rücknahme des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) für Unternehmen, die von der CS3D nicht betroffen sind

Daten und Fakten

- Starke Selektivität der Finanzhilfen des Bundes¹
 - Subventionsvolumen 2023 (geschätzt) 362 Mrd. Euro
 - Finanzhilfenvolumen des Bundes 2024 liegt ca. 50 % höher als 2022
 - Über 39 % aller Finanzhilfen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren oder Branchen
 - 79 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur drei Sektoren², 63 % allein auf den Verkehr
 - 40 % der Finanzhilfen sind branchenübergreifend; zuletzt starker Anstieg durch gestiegene Umweltsubventionen im Rahmen des Zukunftspakets der Bundesregierung
 - Umweltpolitische Finanzhilfen mit 34,9 Mrd. Euro erstmals höher als Verkehrssubventionen (26,2 Mrd. Euro)
- Bürokratiekosten der Wirtschaft
 - Bürokratiekostenindex (Juni 2024, Basis 2012 = 100)³ 94,9
 - Belastungsbarometerindex (2024, Basis 2012 = 100)³ 97,0
 - Erhöhung des lfd. Erfüllungsaufwands 2023/24⁴ 400 Mio.€
- Staatsquote (2024)⁵ 48,7 %
- Umverteiler Staat⁶
 - Sozialleistungen pro Kopf (2023) ca. 15.000 €
 - Sozialleistungsquote vom BIP (2023) 30,3 %
- Staatsverschuldung (2023)⁷ rund 2,45 Bio. € (59 % BIP)
 - Bund rund 1,70 Bio. € (+4,7 %)
 - Länder rund 594 Mrd. € (-2,1 %)
 - Gemeinden/Gemeindeverbände rund 155 Mrd. € (+9,8 %)
 - Zinsausgaben in Relation zu den Steuern (2024)⁷ 4,6 %
 - Anteil öffentl. Bruttoanlageinvestitionen am BIP (2023)⁸ 2,8 %
(118,5 Mrd. €)

¹Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts

²Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Verkehr, Wohnungsvermietung

³Quelle: Bundesregierung, Statistisches Bundesamt

⁴Quelle: Normenkontrollrat

⁵Quelle: Sachverständigenrat, Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

⁶Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt, geschätzte Werte

⁷Quelle: Sachverständigenrat, Statistisches Bundesamt, Stand 30.06.2024, Veränderungen zum 31.12.2023

⁸Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte, in jeweiligen Preisen

VDMA-Position: Marktkräften vertrauen

Der Staat muss seine Kompetenzen, aber auch deren Grenzen kennen. Gute Wirtschaftspolitik setzt auf die Gestaltung günstiger allgemeiner Rahmenbedingungen und ein wachstumsfreundliches Umfeld, in dem Unternehmen eigenverantwortlich um die besten Lösungen konkurrieren. EU, Bund, Länder und Kommunen müssen effizient wirtschaften, Ausgaben priorisieren und Opportunitätskosten bedenken.

- Ordnungspolitischen Rahmen setzen statt vertikaler Industriepolitik
 - Staat soll Regeln setzen und Schiedsrichter sein
 - Technologieneutraler Wettbewerb um Innovationen
 - Mittelstand als Rückgrat der Industrie stärken
 - Exitstrategien für staatliche Beteiligungen von Beginn an
- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau; Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen, insbesondere klimaschädlicher Art
- Subventionen (CAPEX und OPEX) nur in begründeten Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, transparent, mit wettbewerblicher Vergabe und laufender Erfolgskontrolle sowie angemessenen Eigenanteilen
- Wachstumsbremsen lösen durch Bürokratieabbau und Belastungsmoratorium, E-Government sowie verbesserten Zugang zu Wagniskapital
- Ehrgeizige Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
 - Schuldenbremse verfassungskonform einhalten
 - Staatsquote perspektivisch auf max. 40 % des BIP deckeln
 - KfW-Auftrag nicht überdehnen
 - Anteil der Sozialausgaben am BIP darf nicht weiter steigen
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
 - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
 - Substanzerhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Energie, Verkehrswege, Digitalisierung, Bildung)
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen

Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter <https://vdma.org/wirtschaftspolitik-gesellschaftspolitik>

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin, das VDMA-Europabüro in Brüssel gegenüber der EU-Politik.

Für inhaltliche Fragen stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung:

Dr. Johannes Gernandt

Telefon +49 69 6603-1829

E-Mail johannes.gernandt@vdma.org

Florian Schneider

Telefon +49 69 6603-1218

E-Mail florian.schneider@vdma.org

Dr. Ralph Wiechers

Florian Scholl

Telefon +49 69 6603-1374

E-Mail florian.scholl@vdma.org

Bildquelle

Titelbild: Shutterstock

Seite 3: Salome Roessler/VDMA

Frankfurt am Main, im Januar 2025

VDMA

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Internet www.vdma.org

www.x.com/VDMAonline

www.linkedin.com/company/vdma

VDMA Hauptstadtbüro

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

E-Mail berlin@vdma.org

Internet www.vdma.org/berlin

VDMA European Office

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

E-Mail european.office@vdma.org

Internet www.vdma.org/euro



www.vdma.org